

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

ZS

ZENTRALESEKRETARIAT

1010 Wien, Teinfaltstraße 7

Tel: +43 1 53454-263 Fax: +43 1 53454 305, e-mail: zentralesekretariat@goed.at

An das
Bundeskanzleramt Verfassungsdienst
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Per E-Mail: v@bka.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
sowie an: sozialpolitik@oegb.at

Unser Zeichen:
12.533/2017-VA/Dr.Qu/Mag.Sw

Ihr Zeichen:
BKA-810.026/0019-V/3/2017

Datum
Wien, 20.6.2017

**Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert, das Datenschutzgesetz erlassen und das Datenschutzgesetz 2000 aufgehoben wird (Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018);
Stellungnahme**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst übermittelt fristgerecht zu oben genanntem Entwurf die folgende Stellungnahme:

Vorab möchte die GÖD anmerken, dass durch die Datenschutzgrundverordnung ein Paradigmenwechsel vollzogen und eine Verlagerung hin zur Selbstregulierung erfolgen wird. Durch die Ausweitung der Betroffenenrechte, die weitreichenden Dokumentationspflichten, Datenschutz-Folgeabschätzungen, Softwareanpassungen zur Protokollierung und Führung von Verzeichnissen sowie die Bestellung von Datenschutzbeauftragten samt Hilfsapparat sieht die GÖD einen erhöhten Aufwand auf die Bediensteten des Öffentlichen Dienstes zukommen. Dementsprechend ersucht die GÖD, diese Ausweitung der Aufgaben durch mehr Personal und Ressourcen im Öffentlichen Dienst auszugleichen.

Grundsätzlich begrüßt die GÖD die Anerkennung der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung im Bereich des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerdatenschutzes sowie die Neuregelung der Kompetenzrechtslage zugunsten des Bundes.

Zu § 5:

Laut Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wird die/der Datenschutzbeauftragte aufgrund ihrer/seiner beruflichen Qualifikation und ihres/seines Fachwissens bestellt. Weitere Präzisierungen im vorliegenden Entwurf fehlen dazu. Daher würde es die GÖD begrüßen, wenn weitere Anforderungen, Vorbildungen, Qualifikationen und





Kenntnisse für die Bestellung als Datenschutzbeauftragte/r in dieser Regelung näher konkretisiert würden.

Da die/der Datenschutzbeauftragte weisungsfrei zu stellen ist und ihre/seine Pflichten und Aufgaben (siehe Erwägungsgrund 97 der DSGVO) in vollständiger Unabhängigkeit ausüben sollte, wäre die/der Datenschutzbeauftragte im öffentlichen Bereich entsprechend dienstrechtlich abzusichern.

Absatz 2 legt fest, dass im Wirkungsbereich jedes Bundesministeriums zumindest ein oder mehrere Datenschutzbeauftragte vorzusehen sind. Bei der Bestellung der Datenschutzbeauftragten wäre darauf zu achten, diese in der notwendigen Anzahl zu bestellen und den Datenschutzbeauftragten die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit diese ihren Aufgaben gerecht werden können.

Zu § 9:

Aufgrund der erweiterten Befugnisse erfolgt eine Stärkung und Aufwertung der Datenschutzbehörde. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Datenschutzbehörde mit ausreichend personellen, technischen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird. Der Leiter, sein Stellvertreter und die Bediensteten der Datenschutzbehörde sollten aufgrund ihrer besonderen Stellung entsprechend dienstrechtlich abgesichert werden.

Zu § 19 Abs. 5:

Der in der Datenschutzgrundverordnung verwendete, jedoch nicht ausdrücklich definierte Begriff der „öffentlichen Stelle“ sollte nach Ansicht der GÖD zumindest in den Erläuterungen zum Datenschutzanpassungsgesetz näher präzisiert werden und auch kollektivvertragsfähige Vereine umfassen.

Zu § 29:

Die GÖD begrüßt die Verankerung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte der Belegschaftsvertretung. Zur Klarstellung, dass jedenfalls auch die Rechte anderer gesetzlich vorgesehener Vertretungsorgane unberührt bleiben, wäre dies im zweiten Satz dieser Bestimmung noch zu vervollständigen. Die in Art 88 DSGVO vorgesehene „Öffnungsklausel“ ermöglicht darüber hinaus spezifischere Vorschriften durch Rechtsvorschriften oder durch Kollektivvereinbarung für den Beschäftigtenkontext auf nationaler Ebene vorzusehen. Leider wurde im vorliegenden Entwurf keine systematische Regelung in Bezug auf den Beschäftigtendatenschutz vorgenommen. Eine eigene systematische Regelung zum



Beschäftigtendatenschutz wäre aber aus der Sicht der GÖD wünschenswert und würde zu mehr Rechtssicherheit im Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerdatenschutz beitragen.

Zu § 30:

Die GÖD begrüßt die Regelung in § 30 Abs. 4 Z 2 zur Unzulässigkeit von Bildaufnahmen zum Zweck der Kontrolle von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und regt an allenfalls in den Erläuterungen klarzustellen, dass von diesem Begriff neben den privatrechtlich in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden auch die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten umfasst sind. Die Bestimmung sollte insofern präzisiert werden, dass nach dem Wort „Arbeitnehmern“ die Worte „und die Verarbeitung einer zulässig aufgezeichneten Bildaufnahme zum Zweck der Kontrolle von Arbeitnehmern“ eingefügt werden.

Sonstiges:

In Artikel 8 der Grundverordnung ist eine „Öffnungsklausel“ enthalten, bei welcher die Mitgliedstaaten eine niedrigere Altersgrenze als das 16. Lebensjahr für eine Einwilligung in eine Verarbeitung vorsehen. Sinnvoll wäre, eine Herabsetzung auf 14 Jahre vorzusehen, um eine Anpassung an die in Österreich übliche Altersgrenze für Minderjährige vorzunehmen.

Die GÖD ersucht um Berücksichtigung der Stellungnahme.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

(Vorsitzender)

